



Widerstand gegen 8er-Tram-Entscheid

Tramverlängerung Politiker reagieren mit schriftlicher Anfrage und Interpellation auf Verschlechterung der Tarife

VON PETER SCHENK

In der schriftlichen Anfrage, die der bz exklusiv vorliegt, bezeichnet der SVP-Grossrat und Präsident des Trinationalen Districtsrats, Heinrich Ueberwasser, die Tarifanpassungen beim 8er-Tram als «Rückschlag und Weckruf für die trinationale Zusammenarbeit». Es sind harsche Worte, mit denen er darauf reagiert, dass GA, Halbtax und Schweizer Tageskarte auf dem deutschen Teilstück der 8er-Tramverlängerung nach Weil am Rhein zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2016 nicht mehr gültig sein sollen (bz von gestern).

Ueberwasser fragt unter anderem, ob der Regierungsrat bereit sei, mit den deutschen und französischen Partnern, auch dem Districtsrat, «die Zusammenarbeit zu verstärken und die Voraussetzungen zu schaffen, dass im Hinblick auf Schritte hin zu einem trinationalen Tarif- und Verkehrsverbund Lösungen gefunden werden und viel komplexere Vorhaben, wie die des Herzstücks erfolgreich geplant, finanziert, gebaut und betrieben werden können».

Ausserdem fragt er, welche Konsequenzen sich für die 3er-Tram-Verlängerung nach Saint-Louis und die S-Bahn-Linie S6 von Basel über Riehen und Lössrach ins Wiesental ergeben.

Weiter will Ueberwasser in verschiedenen Kommissionen-Workshops im Districtsrat, der aus 20 schweizerischen und je 15 deutschen und französischen Politikern besteht, nach Lösungsansätzen für die öV-Problematik suchen. Die Kommissionen für Verkehr und Raumordnung tagen bereits am 29. Juli. «Ich bin alarmiert, aber optimistisch: Wir schaffen das», betont der Politiker.

Bedauern auch in Lössrach

Mit Bedauern reagiert auch Marion Dammann, als Landrätin Chefin des Landkreises Lössrach. Sie schreibt der bz: Zahlreiche politische Vertreter der trinationalen Region würden weiterhin gerne einen trinationalen Verkehrsverbund schaffen. «Um dieses Ziel zu erreichen, sind sehr viele Hürden im trinationalen Kontext auszuräumen. Insofern bedaure ich das Vorgehen der BVB sehr.» Sie werde es

zum Anlass nehmen, die genannten Themen im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) und Regio Verkehrsverbund Lössrach (RVL) intensiv zu diskutieren.

Der Idee, auf Kompensationszahlungen an den RVL zu verzichten, erteilt sie eine Absage: «Die Komplexität der Finanzierung eines Verkehrsbundes lassen es nicht

zu, einfach auf Einnahmen zu verzichten und dieses als Wirtschaftsförderung zu deklarieren.»

Rudolf Koger, Bürgermeister von Weil am Rhein und unter anderem für das Tram zuständig, verweist zudem darauf, dass die Kompensationszahlungen in beide Richtungen laufen. «Beim Start der Verlängerung der Tramlinie 8 haben wir ein Betriebskonzept mit der BVB vereinbart. Wir haben die Kosten für die Buslinie 55 in Höhe von rund 130 000 Euro übernommen und im Gegenzug trägt die BVB die Betriebskosten für den Trambetrieb.» Daran wolle man festhalten.

Daran, dass wegen der Tarifänderung «signifikant mehr Autos nach Weil kommen», glaubt Koger nicht. So gebe es neben der Einzelfahrkarte kostengünstigere

Varianten wie Mehrfachkarten des TNW, die Punktekarte des RVL oder das Ticket TriRegio Mini. «Hierfür sollte man entsprechend Werbung machen.»

Frank Bärnighausen, Geschäftsführer RVL, war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Viel Kritik von öV-Verbänden

Bei den Verkehrsverbänden der Nordwestschweiz führte die Tarifierung zu einer Vielzahl von teilweise sehr kritischen Reaktionen. In Medienmitteilungen meldeten sich ebenso der VCS Verkehrsclub Schweiz, Sektion beider Basel, Pro Bahn Nordwestschweiz sowie die IGÖV Nordwestschweiz zu Wort.

Die Gültigkeit von GA, Halbtax und Schweizer Tageskarte ging ursprünglich auf eine schriftliche Anfrage des SP-Grossrats und Verkehrspolitikers Jörg Vitelli zurück. In einem Protest-Communiqué bezeichnete er die Entscheidung als ein «Zurück in die Tarif-Steinzeit». Vitelli kündigte gegenüber der bz an, dass er eine Interpellation im Grossen Rat zum Thema plane.

In einem Protest-Communiqué bezeichnet der SP-Grossrat und Verkehrspolitiker Jörg Vitelli die Entscheidung als ein «Zurück in die Tarif-Steinzeit».